

»Dieses Verhältnis ständiger Konfrontation ist unsinnig«

Über die Ergebnisse des Parteitages der Kommunisten in Havanna, die Beziehungen zu den USA und die »Empörten« in Europa. Ein Gespräch mit Enrique Ubieta

Interview: André Scheer



Enrique Ubieta ist Herausgeber der -theoretischen Zeitschrift des ZK der KP Kubas, Cuba Socialista, und der Wochenzeitung La Calle del Medio

Im April hat in Havanna der sechste Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas stattgefunden. Wie schätzen Sie diesen Kongreß ein?

Der Kongreß war eine eindrucksvolle Demonstration der Einheit zwischen dem Volk und der Partei. Seit der Revolution wurden die großen Entscheidungen immer nach Diskussionen in der Bevölkerung, nach der Befragung des Volkes, getroffen. So war es auch diesmal. Die Richtlinien zur Wirtschafts- und Sozialpolitik haben alle erreicht und wurden mit allen diskutiert, denn einige von ihnen bedeuten Veränderungen für das Leben aller Kubaner. Alle Anmerkungen, die bei den Diskussionen in den Stadtvierteln oder im Betrieb dazu gemacht wurden, wurden berücksichtigt. 68 Prozent der Punkte des Dokuments wurden dadurch im Verlauf der Debatte verändert. Das ist für mich ein Ausdruck von Demokratie, wie es ihn weltweit nur sehr selten gibt. Im Bereich der Ökonomie stellt kein Land der Welt derzeit seine Wirtschaftspolitik der Diskussion, kein Land sucht in diesem Bereich nach einem Konsens in der Bevölkerung, wie es Kuba mit dieser Diskussion getan hat. Das war praktisch der erste Teil unseres Parteitages, denn was als Kongreß selbst stattgefunden hat, war die Zusammenfassung der gesamten, über Monate geführten Debatte, die mit der Verabschiedung eines durch das Volk veränderten Dokuments durch die Delegierten zu Ende gegangen ist. Damit tritt unsere Revolution nun in eine neue Etappe ein. Nicht zum ersten Mal, unser Prozeß war nie monolithisch und hatte in all diesen Jahren nicht immer dasselbe Gesicht, aber die Prinzipien der Revolution wurden immer gewahrt.

Von besonderer Bedeutung waren die Diskussionen um die Wirtschaftspolitik auch wegen der erweiterten Möglichkeiten, auf eigene Rechnung zu arbeiten. Einem Bericht der Agentur Prensa Latina zufolge haben sich bereits über 300000 Kubaner selbständig gemacht. Verschärft das nicht die Widersprüche in der Gesellschaft?

In unserer Diskussion wird gerade der Begriff der Arbeit neu bewertet. Die Arbeit, vor allem die zur Produktion von Gütern, Waren und Wohlstand für die Gesellschaft, muß die Haupteinnahmequelle für jeden einzelnen Kubaner sein. Wer als Angestellter des Staates effizienter arbeitet, soll auch ein höheres Gehalt bekommen. Wer selbständig ein kleines Geschäft eröffnet, soll je nach dem, wie er sich anstrengt, auch höhere Einkünfte erzielen können. Sozialismus bedeutet: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Arbeit. Wenn wir dieses Prinzip umsetzen können, wird es natürlich Unterschiede bei der Kaufkraft geben. Aber das wird eine berechnete

Ausdifferenzierung sein, denn sie wird sich daraus ergeben, was jeder einzelne zur Gesellschaft beiträgt. Das ist das Ziel dieser Maßnahmen, die zugleich aber durch Verwaltungsmaßnahmen und natürlich auch durch ideologische Arbeit begleitet werden, um eine Anhäufung von Reichtum durch einzelne Leute zu verhindern.

Es geht also darum, daß die Menschen für ihre Einkünfte arbeiten. Verabschiedet sich Kuba damit nicht von Che Guevaras Konzept des »neuen Menschen«?

Nein, absolut nicht. Diejenigen, die selbständig arbeiten, brechen nicht aus dem Konzept des Sozialismus aus. Der selbständige Arbeiter, der Lebensmittelprodukte verkauft, ist Mitglied derselben Gewerkschaft, in der zum Beispiel auch die Bedienung eines staatlichen Gastronomiebetriebs organisiert ist. Natürlich kann es einen Kleineigentümer geben, der spezielle Partikularinteressen hat. Aber der Sozialismus ist immer noch eine Übergangsgesellschaft und muß die natürlichen Kräfte dazu nutzen, um zu einer gerechteren, ausgeglicheneren Welt zu gelangen. Auch wenn wir davon ausgehen, daß der Kommunismus die Überwindung des Staates und des Marktes bedeutet, sind das derzeit noch Zukunftsträume, deren Realisierung zudem eine Weltrevolution voraussetzen würde. Bis auf weiteres werden wir einen Staat haben, in dem es auch Platz für einen Kleineigentümer geben kann, ebenso wie für die Angehörigen von Kooperativen. Diese Räume dienen der Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit, von mehr Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung für die Kubaner. Aber sie sind immer dadurch beschränkt, daß sie die Entwicklungsmöglichkeiten für alle anderen nicht einschränken dürfen.

Allerdings können Selbständige künftig auch Angestellte beschäftigen. Das wird Konflikte hervorbringen, zum Beispiel in Gehaltsfragen. Wie sollen solche Auseinandersetzungen gelöst werden?

Je mehr Menschen jemand beschäftigt, desto mehr Steuern muß er bezahlen. Er muß Abgaben leisten für seine Tätigkeit, für die angemieteten Geschäftsräume und für jede Person, die er anstellt. Und der Steuersatz steigt progressiv für jeden zusätzlich Beschäftigten. Deshalb wird es sich nicht rentieren, zu viele Leute anzustellen. Das ist eine ökonomische Maßnahme, um Exzesse zu verhindern. Zusätzlich zu dieser administrativen Regelung gibt es den Mindestlohn, und außerdem sind die Beschäftigten in der Gewerkschaft organisiert. Es wird so weitere Mechanismen zum Schutz der Arbeiter geben. Aber natürlich wird auch die Effizienz dieses Kleinproduzenten sein Handeln bestimmen.

Die Rolle der kubanischen Gewerkschaften wird sich also künftig ebenfalls ändern.

Mit Blick auf die im kommenden Januar stattfindende Parteikonferenz diskutieren wir jetzt, wie die Arbeit der Partei, die der Gewerkschaften, die der Massen- und Jugendorganisationen den neuen Bedingungen angepaßt werden müssen. Es ist offensichtlich, daß die politische und ideologische Arbeit noch größere Bedeutung gewinnt. Die hat sie immer gehabt, aber die neue Lage erfordert ganz neuartige, viel kreativere Methoden. Dessen sind wir uns bewußt, und darum kümmern wir uns.

Der Parteitag hat auch eine neue Führung gewählt. Allerdings fand zumindest auf der obersten Ebene kein Generationswechsel statt. Der Erste Sekretär des

ZK hat gerade seinen 80. Geburtstag gefeiert, sein Stellvertreter ist auch bereits 81 Jahre alt...

Wenn wir uns aber die Zusammensetzung des Zentralkomitees ansehen, dann ist dort das Durchschnittsalter sehr viel geringer, ihm gehören sehr viel mehr junge Leute an als bisher, und auch mehr Frauen und Schwarze. Sicherlich ist es nicht gelungen, alles umzusetzen, was wünschenswert wäre, und es wird in den kommenden Jahren weitere Veränderungen geben. Aber wir befinden uns in einer Übergangsphase, in der die »historische Generation« mit ihrer großen moralischen Autorität und ihrem Prestige, die nicht einfach delegiert oder vererbt werden können, an der Spitze des Veränderungsprozesses steht. Es geht in den kommenden Jahren – wie es der Erste Sekretär selbst gesagt hat – um die Verjüngung auf allen Ebenen der Partei. Praktisch wird dies der letzte Parteitag der Generation gewesen sein, die die Revolution gemacht hat. Und unser Präsident Raúl hat sich bereits für eine Amtszeitbegrenzung von zwei Perioden à fünf Jahren, also insgesamt zehn Jahren, für die wichtigsten Ämter ausgesprochen. Dieser Prozeß der Verjüngung ist also auf dem Weg.

Aber Raúl Castro hat in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Parteitag auch eingeräumt, daß der Versuch, mehr jüngere Kader zu fördern, gescheitert ist.

Wir sind überzeugt davon, daß die natürlichen Führungspersönlichkeiten nicht dadurch entstehen, daß sie automatisch von den untersten zu den obersten Ämtern wandern. Vielmehr bilden sie sich durch ihrer Arbeit an der Basis heraus, mit dem Ansehen und den Erfolgen, die sie dabei erwerben. Das bedeutet, daß das System zur Ausbildung der Kader von der Basis ausgehen muß. Ein junger Mensch kann zum Beispiel eine Führungsposition im Jugendverband oder in der Studentenorganisation haben, aber dort muß er das Ansehen und die Fähigkeiten erwerben, um auch auf nationaler Ebene eine wichtige Funktion ausfüllen zu können.

Die Versäumnisse und Fehlschläge, die es gegeben hat, bedeuten natürlich nicht, daß es keine jüngeren Führungspersönlichkeiten in der kubanischen Gesellschaft gäbe. Es kommt darauf an, diesen Jugendlichen zu vertrauen, aber es gibt keinen Grund zur Hektik. Jeder junge Mensch möchte sich Schritt für Schritt entwickeln.

Viele Beobachter berichten jedoch von einem gewachsenen politischen Desinteresse unter den Jugendlichen, vor allem in Havanna.

Ich bin kein großer Experte für Statistiken, und man sollte bei solchen Zahlen und soziologischen Analysen sehr vorsichtig sein. Ich fühle mich als Revolutionär, und wir Revolutionäre gehen nicht von einem mechanischen Abzählen der Realität aus. Ich denke, daß die kubanischen Jugendlichen viele Werte leben, die die Revolution hervorgebracht hat, und daß sie große Lust auf eine Rolle als individuelle und gesellschaftliche Protagonisten haben. Ich denke auch, daß in der Jugend unsere Stärke liegt. Die USA bieten ihr an, zu emigrieren und auf der Ebene eines konsumistischen Verständnisses reich zu werden. Wir können auf diesem Feld nicht mit den USA konkurrieren, wir können unseren Jugendlichen nicht die Gehälter bieten, die ihnen dort von nordamerikanischen Unternehmen angeboten werden. Aber was wir ihnen anbieten können, ist eine gesellschaftliche Hauptrolle, die aus ihrem Leben ein rundum erfülltes und ausgefülltes Leben macht. Hier können wir einen Menschen, der sich für Wissenschaft interessiert, zu einem erstklassigen

Wissenschaftler machen. Wir können jemanden, der gerne Sport treibt, zu einem Spitzenathleten entwickeln. Vor allem aber können sie Teilnehmer der gesellschaftlichen Debatte um all das, was mit ihrem Leben zusammenhängt, sein.

Sehen Sie eine Möglichkeit, daß sich die Beziehungen Kubas zu den USA in absehbarer Zeit verbessern?

Leider hat sich ein altes Vorurteil über die Demokraten in den USA bestätigt, wonach diese immer schwankender und weniger entschlossen sind als die Republikaner. Manchmal greifen sie politische Tendenzen auf, um sich von der Rechten abzusetzen, aber das tun sie dann so zaghaft und mit so wenig Überzeugung, daß von diesen Prinzipien am Ende kaum etwas übrigbleibt. Alle, die Hoffnungen in Barack Obama setzten, haben Schiffbruch erlitten. Obama hat immer von einem politischen Wechsel gesprochen, aber dieser hat nicht stattgefunden. Es hat ihn nicht nur in bezug auf Kuba nicht gegeben, sondern in fast keinem politischen Bereich. Hinzukommt, daß Barack Obama nicht direkt aus den Machtsphären der USA stammt, aber als Präsident hat er sich diesem unterwerfen müssen.

Die USA sind ein sehr spezielles Land, und ich denke, nur ein sehr pragmatisches Konzept der Regierenden kann zu einer Verbesserung der Beziehungen mit Kuba führen. Einen solchen Pragmatismus gibt es zum Beispiel in Bereichen, die mit Kuba Handel treiben möchten, zum Beispiel in der Erdöl- oder Tourismusindustrie. Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien in den USA wird hinsichtlich Kubas aber von den Gruppierungen in Florida und ihrem wahlpolitischen Gewicht bestimmt. Doch auch dort verändert sich die Lage allmählich, nicht alle dort sind ultrarechts. Es leben viele Kubaner in Florida, die anders denken und normale Beziehungen mit Kuba möchten. Aber es gibt dort eine Mafia, die Einfluß auf die Staatspolitik hat und nach wie vor die Entscheidungen in Washington mitbestimmen kann.

Hierzulande wird manchmal die Meinung geäußert, daß eine Aufrechterhaltung der Blockade durch die USA sogar im Interesse Kubas ist. Die Alternative sei ein »Wandel durch Annäherung«, wie ihn die BRD gegenüber der DDR betrieben hat...

Wenn es eine solche Gefahr gäbe, warum versuchen die USA dann nicht, diesen Weg zu beschreiten? Die alte Theorie von der »tödlichen Umarmung«, die in bezug auf Kuba immer wieder diskutiert wurde, ist nie umgesetzt worden. Dabei stehen wir hier mit offenen Armen und warten auf sie. Wir haben unter den gegenwärtigen Bedingungen bis heute überlebt, aber wir sind Nachbarn, und dieses Verhältnis ständiger Konfrontation ist vollkommen unsinnig. Wenn sie glauben, uns so besiegen zu können, sollen sie es doch probieren.

Und wie entwickeln sich die Beziehungen zur Europäischen Union?

Kuba pflegt wachsende Beziehungen von gegenseitigem Interesse mit praktisch allen Ländern Europas, auch Handelsbeziehungen. Aber die EU hält in absurder Weise an ihrem »Gemeinsamen Standpunkt über Kuba« fest, der nichts anderes darstellt als eine verzerrte Sicht auf die kubanische Realität, wie sie damals vor allem von der spanischen Rechten durchgesetzt und letztlich aus den USA diktiert wurde. Deutschland war zuletzt eines der Länder, die sich am stärksten gegen eine

Aufhebung des »Gemeinsamen Standpunkts« gewehrt haben. Im Gegensatz dazu ist etwa das ebenfalls rechts regierte Frankreich von Nicolas Sarkozy für die Aufhebung des »Gemeinsamen Standpunkts«, und ebenso das Italien von Silvio Berlusconi. Deshalb ist die gegenwärtige Position der deutschen Regierung anachronistisch und widersprüchlich. Daran haben nur die USA ein Interesse, Europa nicht.



»In Europa erwacht eine Jugend, die nicht mehr an die traditionellen Parteien glaubt ...« Spanische Empörende protestieren gegen Kürzungspolitik des Bürgermeisters von Pamplona (Juni 2011)

In Europa ist einiges in Bewegung geraten. Wie sieht Kuba die Bewegung der »Empörten« für eine echte Demokratie, etwa in Spanien oder Griechenland?

Die große Presse in Europa, die transnationalen Medienkonzerne, haben heftig darauf spekuliert, daß es auch in Kuba eine Volksrebellion wie in Ägypten geben könnte. Und jetzt passiert das in Europa. Nicht in Kuba, sondern in Griechenland, Spanien, Frankreich und so weiter. Das sind Signale, die die europäische Gesellschaft aufgreifen muß. Ich glaube, daß sich die europäische Rechte täuscht, wenn sie sich nur die politische Landkarte etwa des kommenden Jahres anguckt, auf der rechte Regierungen vorherrschend sein könnten. In Europa erwacht eine Jugend, die nicht mehr an die traditionellen Parteien glaubt, weder an die rechten noch an die in das System integrierten linken, sozialdemokratischen. Diese Jugend sucht neue Wege. Vielleicht fehlen in Europa noch politische Führungspersonlichkeiten, die das aufgreifen können. Aber selbst wenn diese Bewegung in Spanien zunächst Mariano Rajoy von der rechten PP an die Macht bringen sollte, wird sie doch dazu führen, daß die Jugend erheblich mehr politisiert wird. Und diese politisierte Jugend wird in den kommenden zehn Jahren beginnen zu handeln. Dann werden wir sehen, was passiert. Aber das, was derzeit geschieht, weist in die Zukunft und sollte die gesamte europäische Linke aufrütteln.